

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

19.01.2015

## ***Für eine freie und offene Gesellschaft***

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind letzten Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken. Sie wollten deutlich machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen. Dass ihnen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wichtig sind, dass sie Intoleranz und Hass ablehnen. Weltweit haben Menschen ebenfalls ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben unsere Verbundenheit mit unseren französischen Nachbarn bekundet.

Wir sind entschlossen, die Werte von Demokratie und Freiheit gegen Fanatismus und Terror zu verteidigen. Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Man kann sicher über Karikaturen in Zeitschriften wie „Charlie Hebdo“ streiten. Sie treffen sicherlich nicht jedermanns Geschmack. Aber es muss sie geben dürfen, wenn wir in einem freiheitlichen und demokratischen Europa leben wollen. Es ist gut, dass Christen, Juden und Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Bürgergesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt.

Zugleich müssen wir Maßnahmen ergreifen, um die Terrorgefahr weiter einzudämmen. Die verschiedenen Vorschläge hierzu müssen jetzt in aller Ruhe und Besonnenheit ohne Scheuklappen diskutiert werden. Die Verschärfung des Terrorismusstrafrechts, etwa beim Besuch von Terrorcamps oder bei der Terrorismusfinanzierung sind erste Maßnahmen.

Auch über die Terrorismusbekämpfung im Internet wollen wir vorbehaltlos reden. Gleiches gilt auch für die Vorratsdatenspeicherung. Sie soll nur unter hohen rechtstaatlichen Hürden zum Einsatz kommen und ermöglicht den Ermittlungsbehörden den Nachweis, wer wann mit wem telefoniert hat. Wohlgemerkt: es geht hierbei nicht um die Aufzeichnung der Gesprächsinhalte, sondern nur um die Verbindungsdaten, die obendrein nur auf richterliche Anordnung zugänglich gemacht würden. Wir waren vor Paris für eine Speicherung von Verbindungsdaten bei den Providern, und wir sind es auch nach den schrecklichen Attentaten. Die Verbindungsdaten könnten jetzt helfen herauszufinden, wie groß das Terrornetzwerk in Frankreich ist. Das ist die Frage, die ganz Frankreich derzeit umtreibt. Die Daten könnten aber auch im Vorhinein helfen: Seit dem 11. September 2001 sind auch in Deutschland Attentate verhindert worden, weil Daten und Informationen ausgetauscht wurden. Die Speicherung von Verbindungsdaten kann im Vorfeld eines Attentats helfen, Netzwerke gefährlicher Islamisten und Terroristen aufzudecken.

## Jugendkarlspreis 2015

Der Europäische Jugendkarlspreis 2015 ist ausgeschrieben worden. Europäische Projekte junger Menschen können online eingereicht werden. Mit dem Europäischen Jugendkarlspreis werden junge Menschen ausgezeichnet, die mit ihren Projekten die Verständigung zwischen Menschen aus Europa vorantreiben und ein Beispiel für das Zusammenleben in der EU sind. Der Einsendeschluss für Projektvorschläge ist der 2. Februar 2015. (<http://bit.ly/1AggYgc>, Einreichung von Vorschlägen <http://bit.ly/1e6zZZG>, Kontaktstelle [ECYP2015@europarl.europa.eu](mailto:ECYP2015@europarl.europa.eu))

## Mehrheit sieht keine Gefahr im Islam

Die Mehrheit der Deutschen sieht nach einer Umfrage im Islam keine Bedrohung für westliche Demokratien. Entsprechend äußerten sich 58 Prozent der Befragten in dem am Freitag veröffentlichten ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen. 35 Prozent der Befragten sehen im Islam eine Gefahr. Im September 2012 hatten laut ZDF noch 47 Prozent im Islam eine Bedrohung für die westlichen Demokratien gesehen. Nach den Anschlägen in Paris durch französische Islamisten befürchten laut Politbarometer 70 Prozent der Befragten, dass auch in Deutschland in nächster Zeit Attentate von Islamisten verübt werden. Die Angst davor sei damit seit September 2014 gestiegen: Damals hätten nur 60 Prozent Anschläge erwartet. (REUTERS)

## EU-Adressbuch für Rechtsanwälte

Eine neue Plattform erleichtert EU-weit die Suche nach einem Rechtsanwalt oder Notar. Die beiden Online-Plattformen mit Suchfunktion sind ein gemeinsamer Dienst der Kommission und der nationalen Anwaltskammern und Notariatsvertretungen. Sie bieten die Möglichkeit, nach Auswahl des Landes u.a. mit Filtermöglichkeiten nach Stadt, Postleitzahl, Name, sowie zusätzliche Berufsbezeichnungen (Fachanwaltstitel) nach einem geeigneten Anwalt oder Notar zu suchen. (Rechtsanwalt: <http://bit.ly/1BegS6l>, Notar: <http://bit.ly/1AUQ6SX>)

## Computerfachleute werden knapp

Fachkreise schätzen, dass in absehbarer Zeit eine Millionen IT-Fachleute fehlen werden. Es gibt daher EU weit Bestrebungen, Kindern in der Schule – auch schon in der Grundschule – das Programmieren beizubringen. Diesem Ziel dient eine am 14. Oktober von der Branche angebotene Internetplattform für die Vermittlung von Programmierkenntnissen. Diese bietet Lehrern und Schülern den Zugang zu Einführungskursen in das Programmieren und weiteren Informationen. In sieben EU-Staaten ist das Programmieren ein Pflichtfach, u.a. in Polen, Portugal und England und in 5 Staaten Wahlfach,

u.a. in Dänemark, Irland und Italien. (<http://bit.ly/1G91gF0>, <http://bit.ly/1bqlgTV>)

## Energiewende in Deutschland

Das ergab eine von der BP Europa SE initiierte repräsentative Umfrage in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Polen und der Schweiz. Danach haben 63 % der Befragten - jeweils rund 1.000 Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren - noch nie etwas von der Energiewende in Deutschland gehört; Dänemark 79 Prozent, Niederlande 69 Prozent, Polen 62 Prozent, Schweiz 60 Prozent, Frankreich 72 Prozent – ein überraschendes Ergebnis angesichts der intensiven Diskussion. Die Minderheit, die schon vor der Umfrage von der deutschen Energiewende gehört haben, schätzen allerdings mehrheitlich die Auswirkungen der Energiewende positiv ein. (<http://bit.ly/1vg31gA>)

## Indiskutable Zeitverträge bei Jungforschern

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) will gegen die schlechten Arbeitsbedingungen vieler Nachwuchswissenschaftler vorgehen. Die Möglichkeit, Forschern befristete Verträge zu geben, werde „teilweise ausgenutzt“, sagte Wanka der Süddeutschen Zeitung (Montagsausgabe): „Es ist indiskutabel, dass mehr als die Hälfte der Wissenschaftler bei ihrem ersten Vertrag kürzer als ein Jahr beschäftigt werden.“ Bei Doktorarbeiten müsse sich die Vertragsdauer daran orientieren, wie viel Zeit für eine Promotion normalerweise nötig sei, betonte die Ministerin. Die Ministerin kündigte an, hierzu das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu überarbeiten. 84 Prozent der rund 160.000 Nachwuchswissenschaftler an deutschen Hochschulen haben laut dem jüngsten offiziellen Bildungsbericht mittlerweile Zeitverträge. Eine der Ursachen ist laut Süddeutscher Zeitung, dass Hochschulen Forschung immer häufiger über Drittmittel finanzieren, die nur einige Jahre fließen. Häufig seien die Verträge der beteiligten Forscher jedoch noch deutlich kürzer. Auch dagegen will Wanka vorgehen. (epd)

## Zitat

„In den schlimmen Stunden, die Paris und die Franzosen zwischen Mittwochmittag und Freitagnachmittag der letzten Woche durchlitten, ging es um zwei der großen Übel unserer Zeit, die nicht immer, aber häufig Hand in Hand gehen: um mörderischen islamistischen Terrorismus und Antisemitismus, den Hass auf Juden. Wir gedenken heute hier im Bundestag der 17 bei diesen Anschlägen ermordeten Menschen.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in einer Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Frankreich.)